



Wir brauchen einen "Dritten Arbeitsmarkt"

Grundsatz-Erklärung der Aktion Arbeit und von Bischof Reinhard Marx - O-Töne...



Die Aktion Arbeit begrüßt nachdrücklich die neuesten Ansätze der Bundesregierung und der Bundesagentur für Arbeit, einen sogenannten Dritten Arbeitsmarkt zu etablieren.

Die derzeitige Entspannung am Arbeitsmarkt eröffnet die Chance, sich auf die zu konzentrieren, an denen diese positive Entwicklung vorbei geht und die als Modernisierungsverlierer im Abseits stehen.

Alle bisherigen Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik hatten keinen durchschlagenden Erfolg. Wir brauchen einen neuen Ansatz, nämlich einen auf Dauer angelegten, öffentlich gestützten Arbeitsmarkt, der denen unbefristete Arbeitsmöglichkeiten bietet, die auf dem Ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben.

Weshalb wir einen Dritten Arbeitsmarkt brauchen

- In Deutschland wird auf absehbare Zukunft die Wirtschaft nicht genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Alle anders lautenden Prognosen und Thesen haben sich in den letzten Jahrzehnten als falsch erwiesen.
- "Fördern und Fordern" läuft ins Leere, wenn es keine Arbeitsplätze gibt. Voraussetzung für die Wirksamkeit der Hartz-Reformen und den Kampf gegen den Missbrauch sind genügend Arbeitsplätze.
- Die Anforderungen an die Beschäftigten steigen angesichts des durch die Globalisierung ausgelösten Drucks immer weiter. Die Automatisierung hat große Teile des traditionellen Niedriglohnssektors aufgelöst. Menschen mit verminderten Leistungsvermögen haben keine Chancen mehr.
- Qualifizierungsmaßnahmen mit Drehtüreffekt sind entwürdigend, demotivierend und zu teuer.
- Die sogenannten 1 € Jobs sind in der Praxis der Arbeitslosenprojekte und Beschäftigungsträger als einziges wirksames Instrument geblieben, die anderen Instrumente wurden teilweise radikal zurückgefahren. Eine differenzierte und damit effiziente Hilfe ist so nicht mehr möglich.

Wie muss der Dritte Arbeitsmarkt gestaltet sein:

- **Entfristet:**
die grundsätzliche Befristung von Maßnahmen ist Unfug angesichts der Erfahrung der letzten 25 Jahre, dass es für viele auf Dauer keine Vermittlungschance gibt.
- **Differenziert:**
beim Aufbau eines Dritten Arbeitsmarktes sollten unterschiedliche Modelle erprobt werden:
 - Beschäftigungsträger, die gemeinnützige und zusätzliche Beschäftigung organisieren.

- Integrationsbetriebe, die am Markt operieren und einen Minderleistungsausgleich erhalten. Solche Betriebe, wie sie im Bereich der Schwerbehinderten üblich sind, sind für sozial Benachteiligte zu schaffen.
- Wirtschaftsbetriebe, die über Kombilohn-Modelle unterstützt werden. Wenn auch alle bisherigen Kombilohn-Modelle keinen durchschlagenden Erfolg hatten, sind unter den spezifischen Bedingungen entfristeter Beschäftigungen neue Versuche lohnend.
- **Mehrwert schaffend:**
Die Arbeitsplätze im dritten Arbeitsmarkt müssen einen echten Mehrwert schaffen. Dies ist einerseits volkswirtschaftlich sinnvoll. Das gebietet auch das Recht auf menschenwürdige Arbeit, das eine sinnlose Beschäftigung um ihrer selbst willen ausschließt. Sinnvolle Arbeit ist im Übermaß vorhanden.
- **Durchlässig:**
Der Dritte Arbeitsmarkt muss grundsätzlich für eine Vermittlung in den Ersten Arbeitsmarkt (und gegebenenfalls anders definierte Arbeitsmärkte) offen sein und über entsprechende Anreize verfügen.
- **Sozialversicherungspflichtig:**
Die Arbeitsplätze müssen sozialversicherungspflichtig ausgestaltet werden. Das ist nicht nur wichtig für die Stabilisierung der Sozialversicherung, sondern auch für die in diesem Bereich Beschäftigten. Neueste Untersuchungen zeigen, dass dies fiskalisch nicht zu einer Mehrbelastung führt.
- **wachsend:**
Die Bundesregierung hat signalisiert, in diesem Bereich 100.000 Arbeitsplätze zu schaffen. Der jetzt geplante Start kann der Erprobung dienen. Die Zahl dieser Arbeitsplätze muss weiter wachsen und am tatsächlichen Bedarf ausgerichtet werden.

Paradigmenwechsel

Die bisherige Arbeitsmarktpolitik ist davon ausgegangen, dass die Massenarbeitslosigkeit ein vorübergehendes Phänomen ist. Das hat sich als Irrtum erwiesen.

Die bisherige Arbeitsmarktpolitik hat sich darauf konzentriert, Arbeitslose für den ersten Arbeitsmarkt fitt zu machen. Solange es dort nicht genügend Arbeitsplätze gibt, muss diese Politik scheitern.

Wir brauchen einen gänzlich neuen Ansatz: Für diejenigen, die auf Dauer im ersten Arbeitsmarkt keine Chancen haben, müssen in einem neuen „Dritten“ Arbeitsmarkt unbefristete und solide finanzierte Arbeitsplätze geschaffen werden. Ein solcher Arbeitsmarkt trägt den Realitäten Rechnung, wie sie seit 25 Jahren bestehen.

Ein grundsätzlicher Wechsel, wie ihn der Dritte Arbeitsmarkt darstellt, ist sicher schwierig. Die Probleme, die bei der Gestaltung der Übergänge anstehen, dürfen aber kein Grund sein, das Ziel des Paradigmenwechsels selbst in Frage zu stellen oder abzulehnen.

Die Diskussion, ob der Staat Arbeitsplätze subventionieren soll, ist als Scheinargumentation zu beenden. Ein Blick in die regelmäßigen Subventionsberichte des Bundesfinanzministeriums zeigt, dass es kaum einen Bereich gibt, der nicht durch direkte oder indirekte staatliche Zuwendungen, Steuererleichterungen oder sonstige finanzielle Vorteile unterstützt wird. Der Bedarf für die hier anstehende Aufgabe beträgt nur einen Bruchteil dessen, was allein die Kern-Branchen unserer Wirtschaft erhalten. Daher ist das Argument der Verdrängung

„regulärer“ Arbeitsplätze zu beachten, aber auch sorgsam abzuwägen.

Ein dritter Arbeitsmarkt rechnet sich

Integrationsbetriebe erwirtschaften in der Regel 70 % ihrer Personalkosten am Markt, die restlichen 30 % zahlt die öffentliche Hand als Minderleistungsausgleich. Überträgt man dieses Modell auf den dritten Arbeitsmarkt, wird im Durchschnitt ein Arbeitsplatz mit 600 - 800 Euro monatlich bezuschusst. Berücksichtigt man dabei, dass die so Beschäftigten einen Teil dieses Zuschusses wieder in die Sozialversicherung einzahlen, statt sie zu belasten, und darüber hinaus mit ihrer Arbeit volkswirtschaftliche Werte schaffen, dann wird schnell deutlich, dass die öffentliche Unterstützung von Arbeit allemal preiswerter ist als die Finanzierung der Arbeitslosigkeit.

Würde man die 2006 bei der Bundesagentur für Arbeit nicht abgerufenen Mittel für Aktivierungsprogramme in den Aufbau des dritten Arbeitsmarktes stecken, könnten damit rein rechnerisch viele hunderttausend Arbeitsplätze geschaffen werden.

Arbeitsplätze schaffen, eine sozialetische Verpflichtung

Die verheerenden sozialen Folgen der Massenarbeitslosigkeit wie das Zusammenbrechen der Sozialversicherungssysteme, die zunehmende soziale Instabilität und gesellschaftliche Desintegration sind bekannt. Neben diesen gesellschaftlichen Konsequenzen stellt die Situation jedes einzelnen Betroffenen eine besondere Verpflichtung dar. Das Leben von Millionen am Rande des Existenzminimums darf nicht Ziel der Politik sein.

Entscheidendes Kriterium des politischen Handelns ist nicht allein der wirtschaftliche Erfolg, sondern vor allem das Wohl der Menschen. Die Wirtschaft ist kein Selbstzweck. Der Mensch ist Urheber, Mittelpunkt und Ziel aller Wirtschaft. Arbeit hat deshalb Vorrang vor Kapital. Es darf nicht um die pure Beschäftigung überflüssiger Arbeitskräfte gehen. In der Arbeit verwirklicht sich der Mensch, er braucht Arbeit, um seine Anlagen und sein Streben nach Weltgestaltung entfalten zu können.

Wir sind nachdrücklich der Auffassung, dass zum Menschsein das Recht auf Arbeit gehört. Politik und Wirtschaft müssen sich an der Verwirklichung, bzw. Verweigerung dieses Rechts messen lassen. Es ist Pflicht einer humanen Gesellschaft, alles zu tun, damit genügend Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden.

Das Engagement der Aktion Arbeit

Seit 25 Jahren ist die Aktion Arbeit des Bistums Trier im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit engagiert. Mit insgesamt 8,5 Millionen Euro Spendengelder haben wir in dieser Zeit durch die Restfinanzierung von Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen mehreren tausend Arbeitslosen eine sinnvolle Arbeit ermöglicht. Darüber hinaus haben wir den Aufbau von Arbeitslosenprojekten und Beschäftigungsfirmen unterstützt. Die Erfahrungen, die wir in diesen Jahren gemacht haben, führen uns zu der Überzeugung, dass die traditionellen Instrumente der Arbeitsmarktpolitik und damit auch die überkommenen Argumentationsmuster nicht mehr greifen. Wir brauchen den Paradigmenwechsel.

Bischof Reinhard Marx im O-Ton

Bei einer Pressekonferenz zur Präsentation des Grundsatzpapiers (am 23. Januar 2007) sagte Bischof Dr. Reinhard Marx unter anderem:

- Wer arbeiten will, dem müssen wir auch Arbeit geben und mit ihm [Perspektiven entwickeln](#).
- Manche bekommen vom [Wirtschafts-Wachstum](#) nichts mit - langfristige Lösungen sind erforderlich.

- [Drehtür-Wesen](#) bietet keine Perspektive und kann nicht funktionieren.
- In der Politik sind die [Diskussionen neu in Gang](#) gekommen - neue Wahrnehmung der Problemlage ist entstanden.

Wir brauchen einen "Dritten Arbeitsmarkt" (19.03.2007)

Grundsatz-Erklärung der Aktion Arbeit und von Bischof Reinhard Marx, Bistum Trier.

[Bistum Trier](#)
